

Vorlage Nr. 101.17.1387

9. Juli 2014
1 von 2

Belgische Siedlung

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, gegenüber der Bundesregierung und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben auf eine sozialverträgliche und der Stadtteilentwicklung dienlichen Verkauf der sogenannten Belgischen Siedlung in Wehlheiden zu drängen. Basis der Verkaufsverhandlungen der BIMA mit Interessenten soll eine „Sozialcharta“ sein.

Der Magistrat wird gebeten, die Beteiligten wie kaufwillige Wohnungsgesellschaften, die BIMA und die Mietervertreter, zu gemeinsamen Gesprächen unter Beteiligung der Stadt einzuladen, gegebenenfalls in Form eines sogenannten „Runden Tisches“, und auch bei der Suche von Kaufinteressenten BIMA und Mieter zu unterstützen. Die beiden Kasseler Bundestagsabgeordneten, die bisher schon in dieser Frage engagiert sind, sollten einbezogen werden.

Die BIMA soll beim Verkauf der Belgischen Siedlung beachten, dass diese Siedlung ein stadtteilprägendes Element im Herzen des Stadtteils ist. Wird dies bei der Auswahl des Käufers/ Käuferin nicht berücksichtigt, verkommt ein wesentlicher Teil des Stadtteils mit den Folgen für den gesamten Stadtteil.

Begründung:

Der Erhalt der Siedlung in ihrer bisherigen Prägung mit durchaus bezahlbarem Wohnraum und einem guten Sozialgefüge ist im Interesse der Stadt. Die Siedlung steht unter Ensembleschutz und repräsentiert Abschnitte der deutschen politischen, Sozial und Literaturgeschichte. Ein Verkauf an eine sog. Heuschrecke schließt sich deshalb aus.

Die bisherigen Mieter sind langjährige Mieter, die zum Teil bereit wären, ihre Häuser zu kaufen, zu einem großen Teil aber auch ältere Mieter, die nicht mehr bereit sind, sich langjährig für den Kauf eines Hauses finanziell zu binden.

Die von der BIMA gegenüber den bisherigen Mietern geäußerten Verkaufskonditionen: Verkauf en bloc an den Meistbietenden, 5 jähriger Kündigungsschutz, Verzicht auf Luxussanierungen, Vorkaufsrecht für Einzelveräußerung, sehen diese als unzureichend an.

Die Mieter fordern stattdessen, wie auch bereits von einem Kaufinteressenten in Aussicht gestellt: 2 von 2

- 10 jähriger Kündigungsschutz für die bisherigen Mieter
- Verzicht auf Eigenbedarfskündigungen
- Beschränkung der Mietanpassung auf ortsübliche Vergleichsmieten
- Vorkaufsrecht auch für Familienangehörige der Mieter
- Verzicht auf Eigenbedarfskündigungen für Mieter, die das 60. Lebensjahr vollendet haben oder behindert sind.
- Die GWH hat auch erklärt, dass sie bereit wäre, jedes Jahr ein bestimmtes Kontingent an Häusern an die Mieter, die kaufen wollen, zu verkaufen.

Der Kaufinteressent sei außerdem bereit, jedes Jahr ein bestimmtes Kontingent an Häusern an die Mieter, die kaufen wollen, zu verkaufen.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Norbert Sprafke

Christian Geselle
Fraktionsvorsitzender SPD

Eva Koch
Stellv. Fraktionsvorsitzende
B90/Grüne